

Vereinbarung
über ein Konzept zur Festlegung der Fallpauschalen ab dem Jahr 2031 mit fall-
bezogenen empirischen Kostendaten gemäß § 115f Abs. 1a Satz 4 SGB V
(Vereinbarung Hybrid-DRG-Kalkulationskonzept 2031)

vom 17. Dezember 2025

zwischen

dem GKV-Spitzenverband, Berlin,

der Deutschen Krankenhausgesellschaft e.V., Berlin

und

der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, Berlin

Präambel

Gemäß § 115f Absatz 1a Satz 1 SGB V sind spätestens in der bis zum 30. Juni 2030 zu schließenden Vereinbarung die nach § 115f Absatz 1 Satz 2 SGB V zu kalkulierenden Fallpauschalen auf Grundlage fallbezogener empirischer Kostendaten des ambulanten und stationären Bereichs festzulegen.

Der GKV-Spitzenverband, die Deutsche Krankenhausgesellschaft und die Kassenärztliche Bundesvereinigung (nachfolgend: die Vertragspartner) haben das Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus (InEK) und das in § 87 Absatz 3b Satz 1 SGB V genannte Institut (InBA) (nachfolgend: Institute) gemeinsam beauftragt, einen Vorschlag für ein Konzept zur Festlegung der Fallpauschalen nach § 115f Absatz 1a Satz 1 SGB V zu erarbeiten.

Auf der Grundlage dieses Vorschlags vereinbaren die Vertragspartner hiermit gemäß § 115f Absatz 1a Satz 4 SGB V das Konzept zur Festlegung der Fallpauschalen nach § 115f Absatz 1a Satz 1 SGB V ab dem Jahr 2031.

§ 1 Regelungsinhalt

Die Vertragspartner gemäß § 115f Absatz 1a Satz 4 SGB V vereinbaren das Konzept zur Festlegung der Fallpauschalen nach § 115f Absatz 1a Satz 1 SGB V ab dem Jahr 2031 (**Anlage** dieser Vereinbarung).

§ 2 Schriftform, Nebenabreden

Nebenabreden, Änderungen und Ergänzungen zu dieser Vereinbarung sind nur gültig, wenn sie schriftlich vereinbart worden sind; sie müssen ausdrücklich als Vertragsänderung bzw. Vertragsergänzung bezeichnet sein. Dies gilt auch für die Aufhebung der Schriftformklausel.

§ 3 Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Klauseln oder Bestimmungen dieser Vereinbarung ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, so wird hierdurch die Wirksamkeit der Vereinbarung im Übrigen nicht berührt. Anstelle der unwirksamen Bestimmung werden die Vertragspartner eine Bestimmung vereinbaren, die dem zulässigerweise am nächsten kommt, was die Vertragspartner gewollt haben oder gewollt hätten, wenn sie die Regelungsbedürftigkeit bedacht hätten.

§ 4 Inkrafttreten und Kündigung

Die Vereinbarung tritt am 1. Januar 2026 in Kraft. Sie kann mit einer Frist von 3 Wochen zum Quartalsende, erstmalig zum 30. Juni 2026, gekündigt werden.

Anlage: Konzept zur Festlegung der Fallpauschalen nach § 115f Absatz 1a Satz 4 SGB V ab dem Jahr 2031